

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Deutschlands Neuestes Kreiszeitung
Bemerkenswerte Ausgabe: 20.000
Aus der Redaktion: 10.000
Geschäftsführung u. Herausgeberschaft:
Dresden - U. L. Martinstraße 20/22

Bezugspreise bei möglich zweimaliger Bezahlung monatlich 2.40 RM. (einfachst 20 Pf. für
Kreiszeitung), durch Postkasse 2.40 RM. (einfachst 20 Pf. Postkasse ohne Postkassenzettel);
bei einmal monatlichem Verkauf, bezugspreis 20 Pf. (einfachst 20 Pf. bei einzellig 20 mm
breite Seite 20 Pf., für einfache 40 Pf., Familienanzeigen und Gittergräte ohne Wabell
20 Pf., einfache 20 Pf., die 20 mm breite Stellungsseite 300 Pf., darüber 300 Pf. Offizier-
schiff 20 Pf. Rundfunkbeiträge gegen Sonderabrechnung

Dresdner Verlag Dietrich & Weise, Dresden, Postfach 200, 1066 Dresden
Rohrstand nur mit deutl. Zustellungsaufdruck (Kreiszeitung) zulässig. Unterlagen
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

Amerika geschlossen hinter Hoover Innere Rückwirkungen seines Schrittes

Washington, 24. Juni. Um Frankreich zu zeigen, daß Amerika in seiner Gesamtheit geschlossen hinter dem Moratoriumsplan steht, hat Präsident Hoover einen ganz außergewöhnlichen Weg beschritten: Sämtliche Senatoren und Kongressmitglieder werden aufgefordert, dem Präsidenten sofort ihre Ansicht zum Moratoriumsplan mitzutun. Und Washington abwährende Abgeordnete oder Senatoren sollen dies durch Telefon oder Telegraph tun. Diese Probeabstimmung wird ein positives Bild davon geben, wie die spätere formelle Abstimmung über die Zahlungsauslegung im Kongreß ausfallen wird. Zugleich zeigt die Wahlnahme Hoovers aber auch, wie sich die Regierung der Zustimmung des Kongresses ist.

Ein Bericht des Washingtoner Korrespondenten der "Times" deutet sich eingehend mit den inneren politischen Erwägungen in Amerika, die zu dem Hoover-Plan führten und dessen Folgen.

Die bisherige geringe Popularität des Präsidenten sei vollständig in das Gegenteil umgedreht;

von den deutschen Elementen in den Vereinigten Staaten ließen Tausende von Befürwortern bei der republikanischen Parteiorganisation ein, nachdem erst noch vor zehn Tagen die Zentrale der Republikanischen Partei berichtet hatte, daß Italien wegen der deutschen Stimmen so gut wie sicher für die Republikaner verloren sei. Auch auf Seiten der Gegner der Prohibition sei ein Umtauchung angenommen Hoovers eingetreten. Die Demokraten anerkennen, daß ihre Hoffnungen für die Präsidentenwahl sich ganz wesentlich verringert hätten. Die Regierung weiß, daß irgendwelche Veränderungen in der Annahme des Hoover-Planes einen Rückgang haben müssten. Die Neuwörter Bankiers, die seit Wochen Hoover gedrängt hätten, Europa zu Hilfe zu kommen und ihm eine Erhöhung der Preise versprochen, hätten alles getan, um ihre Auflagen zu verwirklichen. Wenn jedoch die europäischen Reaktionen nicht schnell handeln, so besteht die Gefahr einer Reaktion. Hieraus erklärte sich der Bündnis Hoovers, seinen Plan so schnell wie möglich anzunehmen zu lassen.

Herrsch über den Vertrag von Versailles

London, 24. Juni. Der gegenwärtig in London weilende amerikanische Zeitungsmagnat Hearst veröffentlicht im "Daily Express" und im "News Chronicle" einen sensationellen Artikel, in dem er in der schärfe gegen einen Hoover-Stellung nimmt. Er sagt u.a.: Der Weltkrieg sei eine europäische Angelegenheit gewesen, geführt für

europeische Zwecke des Angriffs und der Gebietsverteilung. Amerika habe sich an ihm aus nicht ausreichenden Gründen beteiligt.

Amerika bezahlte dann nicht nur seine eigenen Kriegsosten, sondern auch einen großen Teil der Kosten der fremden Nationen.

Die europäischen Nationen und Bankiers fäumen nun mehr mit einer Revision der Kriegsschulden heraus, so daß die fremden Nationen noch weitere Erleichterungen für die Kosten und Folgen ihrer üblen und rücklosen Kriegsgewohnheiten erlangen. Viele amerikanische Politiker, der den amerikanischen Steuerzahler aufrufen, für vergangene oder zukünftige europäische Kriege zu zahlen, sollte vom Kongreß unter Anklage des Hochverrats gestellt werden. Am besten wendet sich Hearst gegen Frankreich, daß seine Schul-

den nicht bezahlt und das Geld zum Aufbau einer gigantischen Kriegsmaschine zur Unterwerfung Europas verwenden.

Frankreich sei immer noch im Kriegszustand gegen Deutschland. Der Verfolker Vertrag sei kein Friedensvertrag, soweit er Frankreich betrifft.

Er sei lediglich ein verräderisches Mittel gewesen, seinen Feind in die Hand zu bekommen. In Europa werde so lange kein Frieden herrschen, bis Frankreich gezwungen werde, mit der Herausbeschreibung von Kriegen aufzuhören.

Italien habe den Vereinigten Staaten gegenüber seine Armut gelöst gemacht. Es sei indessen nicht zu arm, eine große Kriegsmaschine aufzuhauerhalten. Die Alliierten wollten Geld für zukünftige Kriege sparen und deshalb Amerika für den letzten zahlen lassen.

Um übrigens lehrt sich Hearst für Coolidge als nächsten Präsidenten ein, der den Hoover'schen Plan als ein schmückliches Stück der Ausstrahlung bezeichnet habe.

Mussolini stimmt herzlich zu

Die Antwort an Hoover

Rom, 24. Juni. Ministerpräsident Mussolini hat auf Grund des Vorschlags des Präsidenten Hoover gestern dem italienischen Botschafter in Washington das folgende Telegramm übermittelt:

"Ich bitte Euer Excellenz, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mitzutun, daß ich den Vorschlag des Präsidenten Hoover über die vollständige Einstellung der Schuldenzahlungen der Regierungen während eines Jahres geprüft habe. Dieser Vorschlag legt Italien erhebliche Opfer auf; aber ich habe mich nach reichlicher Überlegung entschlossen, ihm grundsätzlich meine herzliche Zustimmung zu erzielen. Ich behalte mir vor, der dortigen Regierung binnen kurzer Zeit einige Bemerkungen zugehen zu lassen, die dahin gleiten, eine gleichzeitig gerechte und praktische Anwendung der glücklichen Initiative der amerikanischen Regierung sicherzustellen, wie dies gewiß im Sinne der Vorschläge des Präsidenten liegt. Ich beglückwünsche mich dazu, daß die Initiative des Präsidenten, deren hohe moralische Bedeutung vom italienischen Volke voll gewürdigt wird, eine Periode willkamerer Zusammenarbeit zwischen den Völkern eröffnen kann, eine Zusammenarbeit, die überaus notwendig ist im gegenwärtigen Augenblick allgemeiner Schwierigkeiten und am Vorabend der Abrüstungskonferenz."

Italienische Kritik an Frankreich

Rom, 24. Juni. Der lebhafte und zukommende Widersatz, den das Angebot Hoovers in Italien ausgelöst hat, ist auch durch die französischen Störungsversuche nicht verhindert worden. Der "Tevero" erklärt im Gegenteil, daß der französische Unwill über den klugen amerikanischen Vorschlag nicht mit Stillschwiegen übergegangen werden könnte, nachdem unter allen europäischen Völkern allein Frankreich das Wort Hoovers nicht mit Zustimmung aufgenommen habe.

Frankreich allein lasse ein klares Urteil über den geschilderten Augenblick vermissen.

Mit Ironie bemerkt der "Lavoro Fascista": Frankreich hat den Krieg durch die Hilfe anderer gewonnen, vor allem aber hat es den Frieden fast allein gewonnen, der ihm in Europa eine Herrschaft garantiert, und wenn man aufsieht, wo in der französischen Friede besteht, so findet man die ganze Reihe der Reparationen, Verträge, Bündnisse, die Frankreich wie ein Stabskreis umgeben. Wenn man einen Punkt dieses Schuhgürtels berührt, so gefährdet man nach Ansicht der Franzosen schon ihre Sicherheit. Der Beweis dafür ist die Aufnahme des Hoover-Angebots in Frankreich. Wenn Frankreich nur nun bestimmtigen Willen aller anderen Staaten wird bezeugen müssen, so ergibt sich daraus, daß keine Auffassung von internationalen Beziehungen eng und egoistisch ist.

Rumänien wählt Einheiten als Aussetz

Washington, 24. Juni. Der rumänische Gesandte erklärte Vizevertreter über seinen Besuch beim Staatssekretär Stimson, Rumänien bedürfe des die rumänischen Zahlungen an die Alliierten übersteigenden Teiles der deutschen Reparationen zum eigenen Wiederaufbau. Wenn Rumänien dem Plan Hoovers zu stimmen solle, so müsse es die Garantie haben, daß ihm Anteile für diese Zwecke gewährt werden. Stimson habe ihm erwidert, daß zunächst der Vorschlag Hoovers bedingungslos angenommen werden müsse, damit das Ziel einer Entspannung der Lage Deutschlands schnellstens erreicht werde. Nie wieder könne man später reden.

Diplomatenbesprechung in Washington

Berlin, 24. Juni. Staatssekretär Stimson hat am Dienstag die diplomatischen Vertreter Deutschlands, Englands, Italiens, Bulgariens, Jugoslawiens, Rumäniens und der Tschechoslowakei zu Besprechungen über Präsident Hoovers Vorschlag empfangen. Mit Rückicht auf gewisse in französischen Blättern zum Ausdruck gebrachte Empfindlichkeiten wegen einer angeblichen Überreaktion der französischen Regierung wurde im Staatsdepartement folgende Erklärung abgegeben: "Der amerikanische Vorschlag ist vor seiner endgültigen Formulierung nicht mit irgendeinem fremden Regierung besprochen worden. Der Präsident, der die Lage in Deutschland, wie man versteht, mit großer Erfahrung verfolgt hatte, handelte, als die deutsche finanzielle Krise an den beiden letzten Tagen der vorherigen Woche zeigte, daß, sofern er nicht sofort handele, eine Katastrope unmittelbar bevorstehe, und Frankreich war die erste der fremden Mächte, die in Kenntnis gesetzt wurde, als er sich zum Handeln entschloß. Das war am Freitag."

Europäische Unionen Einfang statt

Washington, 24. Juni. Staatssekretär Stimson erklärte, daß er damit rechte, daß bis Ende dieses Monats die Auflagen der bisher noch unschläglichen Regierungen eintreffen werden, so daß er Anfang Juli seine Europareise antreten kann.

Die französische Note an Hoover fertiggestellt

Beröffentlichung erst Freitag

Paris, 24. Juni. Die französische Regierung erhält nichts von Deutschland fordern könnte, ist bisher nichts verändert worden.

In den Pariser Blättern ist eine Verbilligung eingetreten, nachdem festzuhalten scheint, daß die französische Regierung neuerdings auf die Überweisung des ungezügten Teiles der Zahlungen verzichtet. Die in diesem Zusammenhang aus Amerika vorliegenden Nachrichten, Hoover werde jeden französischen Vorschlag höflich aber entschlossen ablehnen, werde nicht ernst genommen. So erwein erklärt im "Matin".

Frankreich kann sich sehr wohl den amerikanischen Plänen überlegen, laufe aber trotzdem für alle Zusatz als verantwortlich für sämtliche wirtschaftlichen oder sozialen Katastrophen verantwortlich zu sein.

Das französische Volk halte selbstverständlich am selben Standpunkt; es sollte aber auch ebenso leicht am Frieden fest und eine Politik, die die ganze Verantwortung einer Weltkrise auf Frankreichs Schultern läge, sei keine Politik des Friedens, sondern des Krieges. Der einzige Weg, den Frankreich augenblicklich beschreiten könne, sei der, den Regierung einschlage und der auf Mitarbeit Frankreichs am Wiederaufbau Europas hoffe.

unter Wahrung der ihm im Youngplan angebotenen Rechte.

Am Dienstagvormittag haben Besprechungen der verschiedenen Parteigruppen über den amerikanischen Vorschlag stattgefunden. Bei den Radikal-socialisten gab Herrlot einen ausführlichen Überblick über den Vorschlag Hoovers. Er erklärte, daß er der schärfste Gegner eines Moratoriums für den ungeschätzten Teil der Reparationen sei. Es wurde beschlossen, von der Regierung das unbedingte Nachhalten an der Zahlung des ungeschätzten Teiles zu fordern. Eine gleiche Haltung nahm auch die sozialistische Kammergruppe ein.

Vorwärts von Hoechst, der in der Nacht zum Dienstag von seiner Berliner Reise zurückgekehrt ist, batte am Dienstagabend im Anschluß an die Kammerrede eine Unterredung mit dem Außenminister Friede.

so daß die Zahlung des ungeschätzten Teiles nur theoretisch erfolgt. Ob und in welcher Höhe für diese den deutschen Wirtschaft wieder ausführliche Summen erhoben werden sollen, steht noch nicht fest. Es hat ferner den Anschein, daß die französische Regierung darauf verzichtet, daß die ausländischen Devisen, die für das Geschäftsjahr 1931 bis 1932 gefunden werden, gleichzeitig mit denjenigen überwiesen werden sollen, die für das Jahr 1932 bis 1933 gültig sind. Lieber Jugendwelt, Frankreich, die die französische Re-

gierung nicht verändert worden ist, ob sie diese für diese den deutschen Wirtschaft wieder ausführliche Summen erhoben werden sollen, steht noch nicht fest. Es hat ferner den Anschein, daß die französische Regierung darauf verzichtet, daß die ausländischen Devisen, die für das Geschäftsjahr 1931 bis 1932 gefunden werden, gleichzeitig mit denjenigen überwiesen werden sollen, die für das Jahr 1932 bis 1933 gültig sind. Lieber Jugendwelt, Frankreich, die die französische Re-

Kalte Sozialisierung der Landwirtschaft

Scharfer deutschnationaler Angriff gegen den Zettel der staatlichen Betriebsverbürgschaftung

Berlin, 24. Juni. Im Untersuchungsausschuss des Reichstages für die Rogenauungssession begannen am Dienstag die Plädoyers. Am Vortag standen der deutschnationalen Abgeordnete Staudendorf, Staudendorf bekannte, dass seine Partei die Entwicklung zur Plan- und Staatswirtschaft mit zunehmender Sorge betrachte. Es habe nun den Ausdruck der auf Antrag seiner Partei eingeforderten sei, öffentlich festgestellt werden sollen, wohin die Entwicklung zur Staatswirtschaft aus dem Getreidemarkt führen und welche Nachteile und Schäden dieses System mit sich bringe.

Zwecks kalter Sozialisierung der Landwirtschaft habe man ihre wirtschaftliche Basis durch Steuern und danach eine mißverstandene Kontinentenpolitik zugrunde gerichtet.

Die Preußenkasse sei ein Instrument zur Knebelung der Landwirtschaft.

Staudendorf setzte sich dann mit der Tätigkeit des Staatssekretärs Dr. Hagedorn auseinander, den er als eine besonders betrübliche Erscheinung in der ganzen Entwicklung der Bewirtschaftung der Getreide-, Kartoffel- und Kartoffelsfabrikate in der Kriegs- und Nachkriegszeit bezeichnete. Die erwiesene Nötigung der Villans der Getreideindustrie und Kommissionsgesellschaft von Ende Juni 1928 vor Verkauf an die Preußenkasse stelle sich als eine von langer Hand vorbereitete große Schließung dar, auf die die Preußenkasse heraufgezogen

sei. Gereut in diesen Unternehmen Hagedorn zugegenheit sei, welche bis dahin wichtig neben Barth, Kautzler und die Gebrüder Klarer. Hagedorn habe ohne Zweck von allen diesen Dingen gewußt und sei deshalb in vollem Umfang misschuldig. Auch die Meinung des Dr. Kautzler ist durchaus nicht von idealer Selbstlosigkeit geprägt. Er habe sie ohne einschlägige Kenntnis des Ministeriums selbst monatlich Einsicht gehabt, die mit anderen Einsichten das Gehalt des Ministers nicht unweiglich übertragen. Der Siebes gäbe dann auf die Vorbereitung der Stützungsdaktion und die Entwicklung im einzelnen ein, während die Wirkung der dargestellten politischen Rogenauungssitzung und erklärt, daß jeder wirtschaftlichen Vernunft und Erkenntnis widerprechende Verfahren der Rogenauung im September 1930 habe jämmerlich zusammenbrechen müssen.

Zentral Hansmann zur Disposition gestellt

Berlin, 24. Juni. Am Dienstagvormittag stand in einer Kabinettssitzung der preußischen Regierung u. a. der Zentral-Hansmann (Lenneyer-Aukreis) zur Entscheidung, dem ebenfalls in der Zeit der Propaganda für und gegen das Preußenwirtschaftsgesetz schwere Bekleidende Recherchen gegen die deutschen Soldaten des Weltkrieges zur Last gelegt worden waren. Hansmann wurde zur Disposition gestellt, wie verletzt jedoch nicht wegen der genannten Recherchen, sondern „aus Gründen, die weiter zurückliegen“.

Anerkennung polnisches Urteil

Danzig, 24. Juni. Die sieben jungen Danziger Stahlhauer, die am letzten Sonntag bei Plessau aus Unkenntnis die polnische Grenze am Dirschauer Brückenkopf überschritten hatten und von den Polen verhaftet und nach Danzig geschleppt worden waren, sind von dem Dirschauer Gericht wegen unerlaubter Grenzüberschreitung

zu einem Monat Gefängnis

verurteilt worden. Diese Verurteilung ist um so unglaublicher, als die Grenzziehung an dieser Stelle außerordentlich unübersichtlich ist. Polen gebören zwar die Brücke und der östliche Brückenkopf, nicht aber die unter der Brücke liegenden Räume, auf denen die Danziger Bevölkerung sonst ihr Vieh weiden läßt. Auf diesen Räumen unterhalb der Brücke aber erfolgte die Verhaftung der dort spazierengehenden sieben Stahlhauer, die der Antikat waren, sich auf Danziger Gebiet zu befinden. Der Danziger Senat hat sich zwecks Klärung des Falles bereits in einer Note an die polnische diplomatische Vertretung in Danzig gewandt.

Besprechung der süddeutschen Regierungen

Stuttgart, 24. Juni. In Stuttgart stand am Montag eine Besprechung von Vertretern der süddeutschen Regierungen Württemberg, Bayern, Baden und Hessen statt. Der württembergische Staatspräsident führte den Vorstoß, ferner waren unter anderen erschienen der bayerische Ministerpräsident und der badische und hessische Staatspräsident. Die Beratung beschäftigte sich in der Hauptrunde mit der Ausarbeitung der Notverordnung für die Länder und mit der Frage, wie ein Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Staatshandhabe geschaffen werden könne. Bei den Besprechungen zeigte es sich, daß die Politik der Reichsregierung in den süddeutschen Ländern eine sehr starke Stütze hat.

Das erste Echo in der Marburger Bresse

Paris, 24. Juni. Die Rundfunkredaktion des Reichskanzlers hat in der französischen Presse einen großen Widerhall gefunden. Neben einer zum Teil sehr ausführlichen Wiedergabe der Erklärungen des deutschen Reichskanzlers unterstreichen die Blätter die Bedeutung dieser Kundgebung.

Die Kanzlerrede auch in Amerika verbreitet

Berlin, 24. Juni. Bereits eine Stunde, nachdem Reichskanzler Dr. Brüning seine Rede im Reichsrundfunk beendet hatte, lag hier die Meldung aus New York vor, daß die von der National Broadcasting Company übernommene Ansprache des Reichskanzlers in ganz Amerika zu verstehen war.

Kunst und Wissenschaft

Die neue Strauß-Oper für Dresden gewonnen

Amtlich wird von der Verwaltung des Sächs. Staats-Theaters mitgeteilt: Richard Strauss hat Erich Busch die Uraufführung seiner neuen Oper "Arabella" für Dresden zugesagt. Das Werk wird dem Generalintendanten Dr. Neuder und dem Generalmusikdirektor Erich Busch gewidmet. Die Uraufführung wird unter der Leitung von Erich Busch im Rahmen eines großen Richard-Strauss-Festes stattfinden.

Man hört gern, daß Richard Strauss auch seine jüngste Oper wieder der Geburtsstätte seines Ruhmes anvertrauen will. Natürlich kann man heute noch nicht wissen, was künstlerisch dabei herauskommt; aber eine Richard-Strauss-Uraufführung ist in jedem Falle auch heute noch ein viel beachtetes Ereignis, das jeder Bühne zur Ehre gereicht. "Arabella" soll nach allem, was man davon gehört hat, ein heiteres Wiener Werk etwa im Stile des "Rosenkavaliers" sein. Lustvolles ist die Oper allerdings noch nicht deinetzt. Richard Strauss arbeitet zur Zeit daran in seiner Garmischer Villa.

Mitteilungen der Sächsischen Staatsoper

Opernhaus:

Freitag, den 26. Juni, außer Anrecht, erste Wiederholung von Franz Suppés komischer Oper "Boccaccio" in der neuen Inszenierung unter musikalischer Leitung von Erich Busch und Regie von Otto Erdmann mit der von Ellen v. Glehn, Pegi entworfenen und eingespielten Pantomime. Anfang 7.30 Uhr.

** Mitteilung des Albertheaters. Am den am Donnerstag, dem 2. Juli, und Sonnabend, dem 4. Juli, aufzuführenden Gastspielen von Elisabeth Beraner mit eigenem Ensemble, die Aufführungen von "Amphitruos" und "Der Kreis" bringen, sind neben der Soubrette in weiteren Hauptrollen bestimmt die Damen: Gerda Auch, Elisabeth Pennay und die Herren: Kurt Götsche, Karl-Heinz Hoff, Ernst Minnsberg, Überhard Reinhardt, Paul Hardtmuth und Wolfgang Helmke.

** Die musikalische Arbeitsgemeinschaft der Studentenschaft der Technischen Hochschule Dresden veranstaltet morgen, Donnerstag, 25.6., abends 8 Uhr, im Studentenhaus (Vommenstraße 13) ihr Sommerkonzert.

Wieder Zeitungsverbote

Berlin, 24. Juni. Der Postgelehrte hat auf Grund der Notverordnung vom 28. März 1931 die in Berlin erscheinenden periodischen Zeitschriften "Die junge Garde" mit sofortiger Wirkung bis zum 22. Juli und "Deutsche Nachrichten" bis zum 28. August dieses Jahres verboten. Das Verbot umfaßt auch die angeblich neue Druckschrift, die sich ähnlich als die alte darstellt.

Toscanini in Bayreuth

Bayreuth, 24. Juni. Toscanini traf am Dienstag mit seinem Stellgewagnis aus St. Moritz in Bayreuth ein und wird in den nächsten Tagen mit den Proben beginnen. Es sind jetzt alle Musivirtuosen in Bayreuth eingetroffen.

Sachsen und die Notverordnung

Anträge im Rechtsausschuß des Landtages - Staatsstreich zur Erhaltung des Systems?

In der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses wurden die Anträge der ländlichen Parteien zur Notverordnung beraten. Der Berichterstatter Dr. Wilhelm zeigte in längeren Ausführungen die schädliche Wirkung der Notverordnung und wies auf die Konsequenzen der Reichsregierung hin. Er beantragte dann, von den Einzelanträgen abzusehen und empfahl, sich auf einen grundsätzlichen Antrag zu einigen. Alle Einzelanträge sollten der Regierung als Material überwiesen werden.

Abg. Rahtner (Dem.) vertrat dieselbe Auffassung. Seine Artikl an der Notverordnung ließ an Stärke nichts zu wünschen übrig. Abg. Edel (Soz.) begründete einen ins Einzelne gehenden sozialistischen Antrag. Abg. Hickmann (D.P.) wandte sich gegen den deutschnationalen Antrag, der Klage vor dem Staatsgerichtshof verlangt. Er vertrat die Auffassung, daß es nötig sei, die Notverordnung abzulehnen und für Sachsen soviel als möglich herauszuholen.

Abg. Tögel (D.-R.) führte folgendes aus: Wir halten die Durchführung der Klage vor dem Staatsgerichtshof wegen der Verfassungsrechtmäßigkeit der Notverordnung deshalb von großer grundsätzlicher Bedeutung, weil sich die Gerüchte immer wieder verbreiten, daß die Reichsregierung mit Unterstützung der preußischen Regierung im Wege der Notverordnung eine Verfassungänderung plane. Die alten Pläne, wonach Preußen Reichsland werden sollte, wonach ein- und doppelseitiger Staat über das Reich und Preußen regiert, sollen in nächster Zeit durchgeführt werden. Dadurch soll dem ohn-

mächtigen Reich die preußische Erfolungswelt zur Verfügung gestellt, die Koalition Brüning - Braum - Seving politisch sanktioniert und machtmäßig unterbaut werden. Damit will sich das jegliche System am Leben erhalten und die Gesetze bannen, die aus der nationalen Opposition, aus preußischem Volksentscheid- und Preußenwahl aufsteigen. Eine solche Durchführung der Reichsreform würde die Norddecker der sozialen Revolution föhren. Wir müssen durch eine Klage vor dem Staatsgerichtshof feststellen, ob das alles mit Artikel 48 möglich ist, ob der Artikel 48 der Reichsregierung die Möglichkeit gibt, die Verfassung durch Notverordnungen zu ändern, denn dann, wenn diese Frage bejaht wird, würde der Weg zum Staatsstreich mit Artikel 48 möglich sein.

Ich frage die Regierung: Sind ihr derartige Pläne bekannt, hölt sie mit uns diese Frage für eine Angelegenheit allererster Rangens, und ist sie gewillt, durch Klage vor dem Staatsgerichtshof plakativer zu lassen, ob man mit Artikel 48 verfassungändernde Maßnahmen durchzuführen kann?

Ministerpräsident Schick

sag auf diese Frage folgende Antwort:

Von Absicht, daß die Reichsregierung im Wege der Notverordnung durchgeführt werden sollte oder könnte, ist der ländlichen Regierung nicht bekannt. Ich glaube auch nicht, daß dieser Weg bejahren werden könnte. Ich bin gern bereit, die anständliche Bestätigung meiner Aussicht bei der Reichsregierung herbeizuführen.

Nürnberg ist neu ben, wie es vergangenen Jahr verteilten Rittern Schlosser und der Welt der

Stadtbank mit v. d. O. Feldmark a. 100 000 RM. die Stadtbank auf Gebiete seit 10. v. d. O. Städte

Die Stadt hat auf den Zeit- bau zur Ver- Reichsärmel aus- nehmung der Stadtbank mit v. d. O. Städte

Die Stadtbank mit v. d. O. Städte

</div

Kursberichte der Dresdner Nachrichten

Dresdner Börse

vom 24. Juni 1931
(Ohne Gewähr)

Festverzinsliche Werte

Zinst.	Tit.	Zinsr.	24. 6.	25. 6.	Zinst.	24. 6.	25. 6.	Div. %	24. 6.	25. 6.	Div. %	24. 6.	25. 6.		
5	D.Wertb. Anl. I.32	93,25	0	93,25	0	5	Bestan. Regw. I/II	7,5	0	7,5	0	5	Schiff. Chem. A.-B.	142,0	142,0
6	do. do. I.35	90,0	0	90,0	0	6	Landw. Goldpib.	2,50	0	2,50	0	6	Schiffahrt	122,0	122,0
7	Reichsanl. v. 1929	96,25	B	97,0	b	5	Leipa. Hypoth.	2,26	0	2,26	0	5	Schiffahrt & Salz	122,0	122,0
8	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. Schatzanw. A.	97,0	0	97,0	0	5	Ortsan. Brauerei	122,0	122,0
9	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. Schatzanw. A.	97,0	0	97,0	0	5	Orebro. Webe.	122,0	122,0
10	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	Landw. Goldpib. I.	100,75	0	100,75	0	5	Orebro. Bräu	122,0	122,0
11	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
12	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
13	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
14	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
15	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
16	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
17	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
18	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
19	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
20	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
21	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
22	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
23	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
24	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
25	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
26	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
27	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
28	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
29	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
30	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
31	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
32	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
33	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
34	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
35	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
36	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
37	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
38	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
39	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
40	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
41	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
42	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
43	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
44	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
45	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
46	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
47	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
48	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
49	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
50	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
51	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
52	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
53	Reichsanl. v. 1921	80,5	0	82,0	0	6	do. do. VIII	100,75	0	100,75	0	5	Schiffs. Lkra.	9,0	8,0
54	Reichsanl. v. 1921														